



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

2/XVI/35 - 10. Februar 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|-------|---|-----|
| 1 - 2 | <u>Hans Böcklers Werk wird fortgesetzt!</u> | 68 |
| | Im Gedenken an den zehnjährigen Todestag eines grossen Deutschen Von Erich Ollenhauer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands | |
| 3 - 5 | <u>Zum Verständnis des afrikanischen Arbeiters</u> | 113 |
| | Ein Beitrag zu einem wichtigen Problem der Entwicklungsförderung Von Herbert A. Tulatz | |
| 5 | <u>Unter der Drohung Pankows</u> | 27 |
| | Zur Tagung der Evangelischen Synode in Berlin | |
| 6 | <u>Freies Fernsehen ohne Illusionen</u> | 49 |
| | 100 Millionen DM schliavestiert? | |

* * * * *

Hans Böcklers Werk wird fortgesetzt!

Im Gedanken an den zehnjährigen Todestag eines großen Deutschen

Von Erich Ollenhauer,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Vor zehn Jahren - es war am 16. Februar 1951 - ist ein großer Deutscher von uns gegangen. Dr. h.c. H a n s B ö c k l e r , der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Am zehnten Jahrestag seines Dahinscheidens gedenken wir dieses Mannes in Ehrfurcht und Dankbarkeit.

Hans Böckler stand an der Spitze jener Männer und Frauen, die nach dem Zusammenbruch 1945 die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung wieder aufbauten und damit der deutschen Demokratie ein festes Fundament für ihre Weiterentwicklung schufen. Er war zeit seines Lebens verehrt und geliebt von Millionen Menschen. Sie sahen in ihm nicht nur den Vorkämpfer für das Recht des arbeitenden Menschen auf ein menschwürdiges Dasein, sondern auch für die Eingliederung der Arbeiterschaft als gleichberechtigter Wirtschaftspartner in den modernen demokratischen Staat. Seiner Initiative ist es zu verdanken, daß - in Zusammenarbeit mit dem Freund und Kampfgefährten Dr. Kurt Schumacher - jene große Idee des Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu einem Bestandteil unseres heutigen Staates wurde. Noch kurz vor seinem Tode hat Hans Böckler in der Neujahrsbotschaft 1950/51 den deutschen Arbeitnehmern zugerufen:

"Die Gewerkschaften sind bereit, ihrer Forderung auf Mitbestimmung in der Wirtschaft notfalls durch energische Maßnahmen den entsprechenden Nachdruck zu verleihen. Dabei fühlen sie sich moralisch und juristisch durchaus im Recht. Dem Gedanken der Demokratie werden sie dienen, weil bei einer Demokratisierung der Wirtschaft die bisher auf den formalpolitischen Raum beschränkte Demokratie die Ergänzung findet, die sie benötigt, um lebensfähig zu sein".

In den zehn Jahren nach Hans Böcklers Tod waren viele Kämpfe notwendig, um in einigen Bereichen der Wirtschaft das zur Wirklichkeit werden zu lassen, was er angestrebt hatte. In diesen Jahren ist es aber auch sichtbar geworden, daß die volle Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft nicht nur ein durch Gesetze formal bestätigtes Recht bleiben darf. Die Gegner des Mitbestimmungsrechtes wollen ihre Zugeständnisse an die Arbeitnehmer auf das formale Recht beschränken. Deshalb muß heute und jetzt der Bogen weiterspannt, muß das Mitbestimmungsrecht mit lebendigem Inhalt erfüllt werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich zum Ziel gesetzt, die Bundesrepublik zu einem Staat der lebendigen sozialen Gemeinschaft zu gestalten. Sie weiß sich in dieser Zielsetzung einig mit den Gewerkschaften. Sie will freie und unabhängige Gewerkschaften, deren Kraftstrom das demokratische Leben unseres Staates durchblutet und alle seine Bereiche erfüllen soll.

Das war auch die Idee Hans Böcklers, dem der Freund Dr. Kurt Schumacher am Grabe versprach: "Die SPD wird sich mit allen Kräften darum bemühen, das Werk Hans Böcklers im Interesse der Arbeitenden und unseres ganzen Volkes zu erhalten und weiter zu entwickeln".

Es muß in dieser Stunde, da wir uns Hans Böcklers und seines Lebenswerkes erinnern, aber auch noch etwas anderes gesagt werden. Gerade heute hört man so oft, die Erfolge unserer Wirtschaft seien das Ergebnis einer Regierung und einer Partei. Diese Behauptung ist unwahr. Wir sind es einem Manne wie Hans Böckler, und mit ihm stellvertretend für die freie deutsche Gewerkschaftsbewegung und Millionen von fleißigen Arbeitnehmern in Stadt und Land schuldig, laut zu sagen, daß er und seine gleichgesinnten Freunde es waren, die sich ohne Zögern mutig gegen die Diktatur unserer Werke wandten, den Schutt wegräumten und damit überhaupt erst die Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft schufen! Hans Böckler stand an ihrer Spitze. Er organisierte die deutschen Arbeitnehmer, gab ihnen Impulse und Hoffnungen für ein neues Leben und schuf dadurch in der freien Welt Vertrauen für ein besseres Deutschland.

Ich weiß, daß sich Hans Böckler zeit seines Lebens gegen eine solche Ehrung gewehrt hätte. Aber er hat doch diese Ehrung verdient. An Hans Böcklers Grabe sagte Dr. Kurt Schumacher von diesem Manne, Hans Böckler müsse man zusammen mit den Namen von Persönlichkeiten wie August Bebel, Friedrich Ebert und Karl Legien, den großen Gründern der Gewerkschaften, nennen. Ja, Hans Böckler war ein Stück der ganzen deutschen Arbeiterbewegung und damit ein Stück des ganzen deutschen Volkes.

Deshalb verneigen wir uns heute an seinem zehnjährigen Todestage vor ihm in tiefer Dankbarkeit. Wir werden sein Werk fortsetzen, da wir wissen, daß es stets das beste und solideste Fundament der deutschen Demokratie sein wird.

Zum Verständnis des afrikanischen Arbeiters

Von Herbert A. Tulatz

Die Maßnahmen der Entwicklungsförderung sollen die fast ausschliesslich tropischen Länder mit einem niedrigen Lebensstandard in die Lage versetzen, durch Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft und durch Industrialisierung das unheilverkündende grosse Einkommensgefälle zwischen den alten Industrieländern und den neuen Staaten aufzuheben. Diese Entwicklungsförderung besteht nicht nur darin, Kapital und Experten zur Verfügung zu stellen. Wenn es mit unserer Hilfe nicht gelingt, in den Entwicklungsländern eine neue Arbeitsgesinnung zu schaffen, wird viel Aufwand unnütz vertan werden. Entwicklungsförderung ist nur Hilfe zur Selbsthilfe. Die Selbsthilfe ist der grosse Beitrag der Menschen der Entwicklungsländer für ihr Aufbauprogramm.

Gemeinschaftsarbeit überwiegt

Das Verhältnis zur Arbeit ist durch kulturelle und religiöse Verhältnisse bedingt. Bei den meisten Menschen in den Entwicklungsländern ist das Erwerbs- und Gewinnstreben nicht das ausschlaggebende Motiv zur Arbeit. Die meisten Afrikaner beispielsweise leben noch heute in Dorfgemeinschaften und in Familienverbänden, wo man selbstgenügsam wirtschaftet und sich nur am Rande an der Geldwirtschaft beteiligt. Viele Afrikaner haben die Vorstellung, dass es für sie wichtiger ist, durch eine zahlreiche Nachkommenschaft vor den Ahnen bestehen zu können, als Kapital für eine unternehmerische Betätigung anzusammeln. Der nigerianische Chauffeur, der mit sehr jungen Jahren sich schon eine zweite Frau nahm, sagte mir zur Begründung, dass er viele "fruits" haben möchte, der Familienbaum soll viele Früchte tragen. Die Religion beeinflusst den Alltag des Afrikaners viel mehr als bei uns. Die einheimischen Religionen und auch der in Afrika weitverbreitete Islam sind keine Triebkraft für das Erwerbsstreben. Bete und arbeits ist nur ein christliches Motto. Wenn wir uns daran erinnern, dass auch während unserer eigenen Feudalzeit das kanonische Zinsverbot, das kirchliche Verbot des Zinsnehmens, bestand, dann erkennen wir, dass es auch bei uns eine geschichtliche Periode gab, in der den Menschen die Sorge um die ewige Seligkeit höher stand als die Gewinnankämpfung.

In Afrika und in fast allen anderen Entwicklungsgebieten können wir den einzelnen nicht begreifen, wenn wir ihn nicht als Glied einer festgelegten Familiengemeinschaft und im Zusammenhang mit einem Clan und Stamm sehen. In der Landwirtschaft, in der Fischerei und im Handwerk dominiert die Gemeinschaftsarbeit im Familienverbande. In der Landwirtschaft ist auch die Gemeinschaftshilfe weit verbreitet. Der individuelle Arbeitsvertrag ist für den Afrikaner fremd. Es kommt oft vor, dass ein Afrikaner bei Fernwanderung einen "Bruder" an seinen Arbeitsplatz schickt und damit glaubt, seiner persönlichen Verpflichtung nachgekommen zu sein. Das Einkommen mag dem einzelnen juristisch gehören. Tatsächlich nehmen jedoch daran nicht nur die Familienmitglieder in unserem engeren Sinne daran teil, sondern auch die weitverzweigte Grossfamilie. Dieses Familiensystem, das immer noch in Afrika das entscheidende Instrument der sozialen Sicherheit ist, kommt natürlich die Tendenzen einer modernen Industriewirtschaft, den einzelnen zu Höchstleistungen anzuspornen und ihn zu seinen Mitarbeitern in Konkurrenz zu setzen:

Man kann es in Afrika häufig beobachten, dass eine Arbeit in abhängiger Stellung nur angenommen wird, um sich für einen bestimmten Zweck ein Kapital zu beschaffen, das man durch Erlöse aus seiner gewöhnlicher Arbeit nicht erlangen kann. Diese Menschen bewegen sich eben in einem selbstgenügsamen Zirkel und erst wenn der Konsumanreiz grösser wird, werden sie die Produktivität ihrer Landwirtschaften steigern oder besser bezahlte Industriearbeit annehmen.

In Europa war die Unindustrialisierung ein jahrhundertelanger Anpassungs- und Erziehungsprozess. Eine Stufe folgte systematisch der anderen. In Afrika finden wir diese Stufen nebeneinander. Die Länder kennen den Akademiker, dessen Verwandte noch mit vorgeschichtlichen Werkzeugen arbeiten. Dabei sind die Entwicklungsländer in der unangenehmen Lage, die Umwandlung ihres Wirtschafts- und Gesellschaftssystems in sehr kurzer Zeit vornehmen zu müssen. Unsere Kinder erwerben sich in wenigen Jahren spielend den Zeitsinn und Begriffe von Ordnung, Systematik und Präzision, die einige der Voraussetzungen für die Arbeit in der modernen industriellen Produktion und Verwaltung sind. Der Mensch in der tropischen Landwirtschaft steht unter anderen Lebensgesetzen und muss sich gewaltig umstellen, ehe er das industrielle Denken erwirbt.

Auch der Afrikaner kennt die Schwerarbeit. Es gibt natürlich klimabedingte Abstriche. Ausserdem ist der durchschnittliche Gesundheitszustand nicht gut genug, um eine langjährige Schwerarbeit des Afrikaners zu gewährleisten. Eine deutsche Firma in Liberia hat allein durch Massnahmen der Gesundheitsvorsorge eine grosse Produktivitätssteigerung erreicht. In Afrika spielt das Prestige eine grosse Rolle. Unglücklicherweise gilt die technische und Handarbeit nicht als sehr angesehen. Hier müssen sich erst neue Wertmaßstäbe durchsetzen.

Sünden des Kolonialismus

Der Kolonialismus hat die unterworfenen Länder nur sehr einseitig entwickelt. Lediglich die Rohstoffgewinnung wurde gefördert, dagegen keine Industrialisierung begonnen. An der Gesamtentwicklung der Völker hatte man kein Interesse, sonst gäbe es nicht nach mehrhundertjähriger europäischer Herrschaft in den meisten afrikanischen Ländern heute noch 80 bis 90 Prozent Analphabeten. Die Arbeit für die Kolonialherren wurde zunächst in der Form der Zwangsarbeit geleistet. Zwangsarbeit fördert jedoch weder Initiative noch Arbeitseifer. Dazu kam die heute noch sehr geringe Entlohnung für die schwarze Arbeitskraft, die oft weniger als ein Schmelz des Lohnes ausmacht, den der weisse Arbeiter an Ort und Stelle für die gleiche Arbeit erhält. Mit dem wachsenden politischen Bewusstsein hat auch die Auffassung, dass jede erhöhte Anstrengung nur dem Unternehmer zugute kommt, hemmend auf die Entwicklung der Produktivität gewirkt.

Es ist sehr bezeichnend, dass alle afrikanischen Staaten nach ihrer Unabhängigkeit derangehen, gegen die Lethargie der Bevölkerung vorzugehen und vor allem grössere Arbeitsleistungen verlangen. "Wir arbeiten jetzt für uns", heisst es. Die politische Freiheit, das Gefühl der Gleichberechtigung und die Entwicklung zu Nationen lösen in den jungen Staaten viele Energien aus. In der öffentlichen Verwaltung von Ostnigeria wurde beispielsweise am Tage der Unabhängigkeit sofort die Arbeitszeit um einige Stunden mit der Begründung erhöht, dass die bisherige kurze Arbeitszeit

(wöchentlich 32 Stunden) nur für die Zwecke der Kolonialverwaltung ausreichend gewesen sei. Wenn es in Afrika gelingt, die Massen zu mobilisieren, dann kann schon durch einfache Aufklärungskampagnen auch die Produktivität der Landwirtschaft erheblich gesteigert werden. Man sagt, dass man auf diese Weise in der westafrikanischen Subkolonialwirtschaft ohne Mechanisierung die Ergebnisse um 40 Prozent verbessern könnte. Dies ist sehr wichtig, denn dadurch kommt ein Beschleunigungsfaktor der Entwicklung dieser Länder zugute, den viele Realisten bei der Betrachtung der Entwicklungsförderung überschauen.

Die Betrachtung eines Teilproblems der Entwicklungsförderung zeigt, dass nur eine organische Entwicklungshilfe sinnvoll ist. Professor Baade hat kürzlich bewiesen, dass in den meisten Ländern auch die Probleme der Landwirtschaft ohne Industrialisierung nicht zu lösen sind. Industrialisierung setzt aber eine moderne Verwaltung, ein allgemeines Bildungssystem und einen umfassenden Gesundheitsdienst voraus. Nur wenn sich alle Förderungsmaßnahmen integrieren, wird die Entwicklungsförderung Aussicht auf Erfolg haben.

+ + +

Unter der Drohung Pankows

sp - Mit einem schweren Sarggepäck beladen fahren die westdeutschen Teilnehmer der dritten Generalsynode der Evangelischen Kirche an diesem Wochenende nach Berlin, um u.a. ihren Erbes und den neuen Rat der EKD zu wählen. Mit wichtigen Schlägen versucht das Ulbricht-Regime, die Einheit der Evangelischen Kirche zu zerbrechen und eine institutionelle Trennung herbeizuführen. Die Verunglimpfung westdeutscher Kirchenführer grenzt schon ans Maßlose; sie erinnert an die Verfolgungszeiten der Kirche im Dritten Reich. Zur Kette fortlaufender Schikanen gehörte das Verbot der Abhaltung des Evangelischen Kirchentages in Ostberlin und auch die Weigerung, die Tagung der Generalsynode dort stattfinden zu lassen. Fädnenscheinige und heuchlerische Vorwände mussten herhalten. Seit langem schon ist Pankow die Einheit der Evangelischen Kirche, die letzte Klammer Gesamtdeutschlands, ein Dorn im Auge. Herr Ulbricht möchte gern bestimmen, wen die EKD zu ihrem Repräsentanten zu ernennen hat, er maßt sich Eingriffsrechte an, die ihm nicht zustehen. Willkürlich trennt er die evangelischen Christen in solche, die den Atomkrieg, und in andere, die den Frieden wollen. Das ist die übliche kommunistische Methode, zwischen Führern und Geführten eine freilich nur im Wunschbild vorhandene Kluft aufzureissen.

Der Kampf der Evangelischen Kirche um die Bewahrung ihres inneren Zusammenhaltes geht alle Deutschen an, hängt doch von seinem Ausgang unendlich viel ab. Das nächste Kapitel gesamtdeutscher Zukunft wird hier geschrieben. Den evangelischen Kirchenführern gehört in diesen Tagen die Sympathie und herzliche Anteilnahme des ganzen Volkes, es setzt auf sie die Hoffnung, dass es ihrer Geschicklichkeit, ihrem Weitblick und ihrem unbeugsamen Mut gelingen möge, den auf die Existenz der EKD gerichteten Anschlag der Pankower Spalter abzuwehren.

+ + +

Freies Fernsehen ohne Illusionen

J.F.W. - Der Ruf um Hilfe aus den letzten Januartagen, über den durch Bekanntwerden eines Briefes des Freien Fernsehens an den Presse- und Staatssekretär v. Eckardt die Öffentlichkeit jetzt informiert wurde, schafft endlich Klarheit über die Lage der kommerziellen Fernsehanstalten. Sie ist einigermassen katastrophal. Kein Wunder, denn wirtschaftlich war diese Gesellschaft, die mit 20 000 DM Eigenkapital, aber einem Kredit von rund 100 Millionen auf blosse Zukunftshoffnungen hin in grosszügigster Weise Investitionen vornahm, nicht einen Tag lebensfähig. Nur spielten wirtschaftliche Erwägungen bei der Finanzierung des Freien Fernsehens, bislang wenigstens, keine Rolle. Die Kreditgruppe, unter Führung der Deutschen Bank, gab ihre Millionen-Darlehen nach Frankfurt im Vertrauen auf die Absicherung durch die Bundesregierung. Die Zusage des Herrn v. Eckardt, das Freie Fernsehen werde mit der Herstellung des zweiten Fernsehprogramms beauftragt werden und die Gewissheit, dass diese Gesellschaft damit auch das Riesengeschäft der Fernsehwerbung in die Hand bekommen werde, genügt zunächst den Bankiers. Dies umso mehr, als das politische Interesse des Kanzlers und seines Intimus Globke auf der Hand lag, im Freien Fernseher das ebenso einseitige wie dienstwillige Programminstrument zu besitzen, das die leere Hülle des Deutschland-Fernsehens füllen sollte.

Diese Verfilzung von wirtschaftlichen und politischen Spekulationen ist durch den Verfassungsstreit zwischen Bund und Ländern zunächst aus dem Terminplan geraten. Seit der einstweiligen Anordnung des Verfassungsgerichtes vom 17. Dezember schwand für die Frankfurter Gründung fast völlig die Aussicht, noch jemals zum Zuge zu kommen. Darüber konnte auch die hektische Betrübenheit nicht hinwegtäuschen, die die Freien Fernseher in den letzten Wochen mit Pressekonferenzen, Probevorführungen und Meldungen über ihre Erfolge im Sandkastenspiel entfaltet. Es ist nur zu begreiflich, dass die Banken, trotz intensiven Zuredens seitens der Bundesregierung, unter diesen Umständen misstrauisch wurden. Jetzt muss die Öffentlichkeit erfahren, wie weit sich der Bundeskanzler und einige seiner Mitarbeiter im Interesse des Freien Fernsehens engagiert haben und welche Verpflichtungen zu Lasten der Steuerzahler zu entstehen drohen. Kein Zweifel, dass die Bundesregierung diesen Fragen ausweichen will, aber ebenso sicher ist es, dass hierfür gründliche Klarstellung gesorgt werden muss, damit nicht der grösste Skandal des Jahres entsteht.

Da diese Klärung kommen wird, ist es unnötig, das politische Kalkül, dem das Freie Fernsehen sein Scheitern verdankt, hier nochmals gebührend zu kennzeichnen. Der wirtschaftliche Pechschlag, der sich für die Frankfurter Gründung abzeichnet, sollte aber allgemein zu denken geben. Es ist verständlich, dass die Aussicht auf ein Fernsehgeschäft mit einem zweiten oder dritten Programm allorts die Phantasie beflügelt. Mit Gesellschaftsgründungen, die jetzt überall, wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden schiessen, sollte man aber trotzdem zurückhalten. Wer unnötige Verluste vermeiden will, tut gut daran, mindestens zu warten, bis das Urteil des Verfassungsgerichtes am 28. Februar zeigt, ob und welcher Spielraum für private Sendegesellschaften rechtlich gegeben ist.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel